

02. März 2012

KRITIK AN HANNELORE KRAFT

## Teure Tatkraft

**Hannelore Kraft, Ministerpräsidentin aus NRW, steht wegen einer Veranstaltungsreihe in der Kritik.**



... und beim Flexen. Foto: dpa

DÜSSELDORF. Hannelore Kraft bietet der vereinigten Landtagsopposition und dem Steuerzahlerbund die Stirn. Obwohl CDU, FDP und Linke bei der Landesregierung sozialdemokratische Parteipropaganda auf Staatskosten wittern, will die nordrhein-westfälische SPD-Ministerpräsidentin an ihrer "TatKraft"-Tour durch Betriebe und Einrichtungen partout festhalten. "Alle beklagen eine wachsende Distanz zwischen Politik und Bürgern", sagt die SPD-Politikern. Genau diese große Lücke wolle sie mit ihrer Veranstaltungsreihe schließen. "Ich werde mir die Nähe zu den Bürgern nicht von der CDU torpedieren lassen", erklärt Kraft.

Bei ihren eintägigen Arbeitseinsätzen war Kraft in der Vergangenheit beispielsweise als Arzthelferin, Bäuerin, Busfahrerinnen und Familienberaterin tätig. Aus ihrem Einblick in die Lebens- und Arbeitswelt ziehe sie wichtige Rückschlüsse für ihre Arbeit als Regierungschefin, versichert die 50-Jährige. "Für politische Entscheidungen habe ich da

unglaublich viel mitgenommen".

Nach Angaben der Düsseldorfer Staatskanzlei haben die seit der rot-grünen Regierungsübernahme durchgeführten zehn "TatKraft-Veranstaltungen" insgesamt 192 000 Euro gekostet. Das Geld sei für Service, Technik und Bewirtung der Diskussionsteilnehmer ausgegeben worden. Den Abschluss eines "TatKraft"-Tages bildet jeweils ein Bürgergespräch mit 200 bis 300 Teilnehmern.

Die Opposition sieht darin platte Parteipropaganda auf Steuerzahlerkosten. Der Generalsekretär der NRW-CDU, Oliver Wittke, hat den Bundestags- und Landtagspräsidenten eingeschaltet. Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) soll prüfen, ob es sich bei der "TatKraft"-Tour möglicherweise um den Fall einer indirekten Parteienfinanzierung handelt. Von Landtagspräsident Eckhard Uhlenberg (CDU) will Wittke wissen, ob sich Kraft mit der Finanzierung ihrer Veranstaltungsreihe über geltendes Haushaltsrecht hinwegsetzt, nachdem ihr das Parlament das Budget dafür im laufenden Landeshaushalt explizit gestrichen habe.

Auch die Linkspartei ist auf der Zinne. "Um den Beschluss des Landtags zu umgehen, wird jetzt fleißig getrickst", empört sich der haushaltspolitische Sprecher der Linken, Rüdiger Sagel. "Das ist ein dreister Griff in die Staatskasse und ein Versuch, das Parlament zu täuschen." Offenkundig sei der Ministerpräsidentin ihre "Personality-Show" so wichtig, dass sie ihre "skrupellosen Verstöße" gegen die Haushaltswahrheit verdränge. Auch der Steuerzahlerbund forderte Kraft auf, ihre Veranstaltungen aus der SPD-Parteikasse zu bezahlen. Doch die Regierungschefin denkt gar nicht daran. "Es handelt sich nicht um eine Parteiveranstaltung." Immerhin aber ist die "TatKraft"-Tour noch zu Oppositionszeiten gestartet und bis zur Regierungsübernahme von der SPD bezahlt worden. Zwischenzeitlich hätten sich Ambiente, Struktur und Zuschnitt der Veranstaltung aber erheblich verändert, argumentiert Kraft. Vor allem werde überparteilich eingeladen. Auch viele Landräte und Bürgermeister der CDU seien ihre Gäste. Alleine den Titel habe sie wegen ihres Markenkerns unbedingt beibehalten wollen.

Zwar hatte die Opposition den Haushaltstitel Kongresse und Veranstaltungen im vergangenen Jahr um 250 000 Euro auf nur noch 350 000 Euro zusammengekürzt, um so die Finanzierung der Tour zu unterbinden. Doch Finanzminister Norbert Walter-Borjans (SPD) erklärte, dass es unzulässig sei, einer Regierung bestimmte Veranstaltungsformate zu untersagen. Der konkrete Haushaltsvollzug bleibe Sache der Regierung.

Autor: Johannes Nitschmann

Empfehlen

Empfehl  
dies  
deinen

WEITERE ARTIKEL: DEUTSCHLAND

## Wieder Streik im Luftverkehr – diesmal in Berlin-Tegel

Nach dem Streik am Frankfurter Flughafen legt nun das Bodenpersonal in Berlin die Arbeit